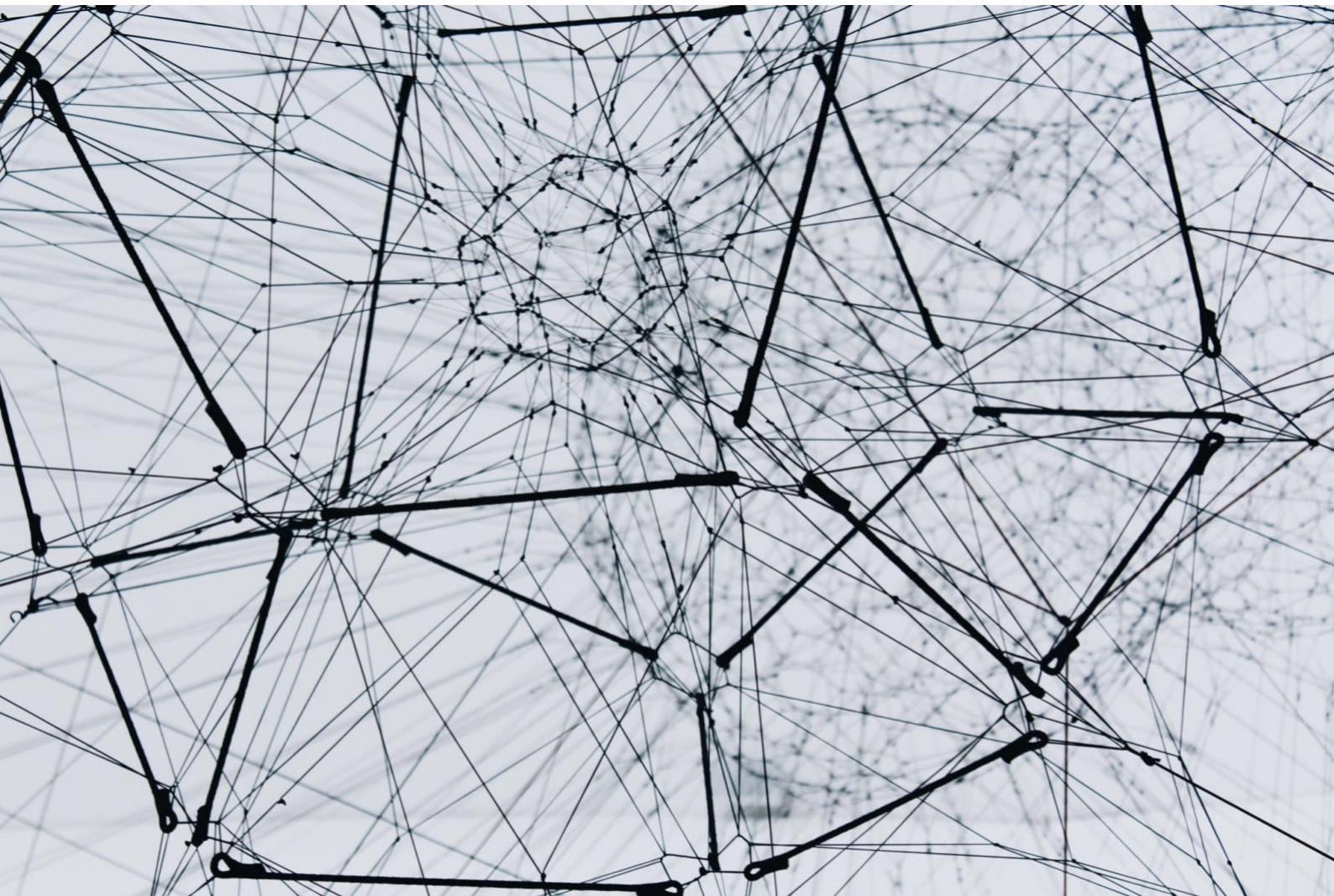


Positionspapier Datenpolitik

Schlauer in die Zukunft dank kompetentem Umgang mit Daten

Autor:innen (in alphabetischer Reihenfolge): Kevin Andermatt, Alexandra Collm, Selina Frey, Ramon Göldi, Alessia Neuroni, Jan Peschka, Philipp Stäheli



Es ist Zeit für eine zukunftsgerichtete und wertorientierte Datenpolitik.

Der spürbare digitale Wandel in der Gesellschaft hat sich durch die globale Pandemie noch einmal beschleunigt. Wir nutzen Videokonferenzen beruflich wie privat und vertrauen dem Internet und diversen Lösungsanbietern Zugangs- und Nutzungsinformationen an. Daten sind schon heute elementar für unseren Alltag bei der Arbeit, im Privaten, in der Politik und der Gesellschaft, werden aber noch nicht umfassend genug betrachtet und der Umgang ist nicht ganzheitlich. Auch parteipolitisch gibt es bislang keine klaren Positionierungen. Die Grünliberalen wollen das ändern und sich explizit zu Datenthemen positionieren. Abschottung gegenüber den globalen Entwicklungen ist keine Option, genauso wenig wie eine vorbehaltlose und uninformierte Zustimmung. Aus diesem Grund wurde das «Positionspapier Datenpolitik» erstellt, mit konkreten Anhaltspunkten, Positionen und abgestimmten Prioritäten für eine grünliberale Datenpolitik.

Eine grünliberale Datenpolitik sieht in einer vermehrten, übergreifenden, koordinierten und sicheren Nutzung von Daten die Möglichkeit, Innovationen und das Gemeinwohl zu fördern sowie Dienstleistungen zu verbessern.

Dieses Papier soll Mandatsträger:innen der GLP kurz und bündig verschiedene Aspekte zentraler, datenbezogener Themen näher bringen und aufzeigen, welche Positionen wir aus welchen Gründen beziehen. Der Meinungsbildungsprozess zum Thema Daten innerhalb der GLP wird durch dieses Papier angestoßen und gestaltet. Es kann Argumente und Positionen für die Arbeit in Sitzungen und Kommissionen liefern. Der Wissensaufbau und -transfer zum Thema Daten wird so innerhalb der GLP unterstützt.

Wie es zu diesem Papier kam

Seinen Ursprung fand das Papier in einer glp lab Ideenküche im Sommer 2020, wo Interessent:innen sich zu verschiedenen Aspekten einer gewinnbringenden Datenpolitik austauschten. Über Fokusgruppen und in Zusammenarbeit mit Spezialist:innen wurden die Erkenntnisse und Inputs durch ein Kernteam zu Forderungen verdichtet. Die Forderungen beruhen auf den Ausgangslagen und existierenden Positionen im Anhang.

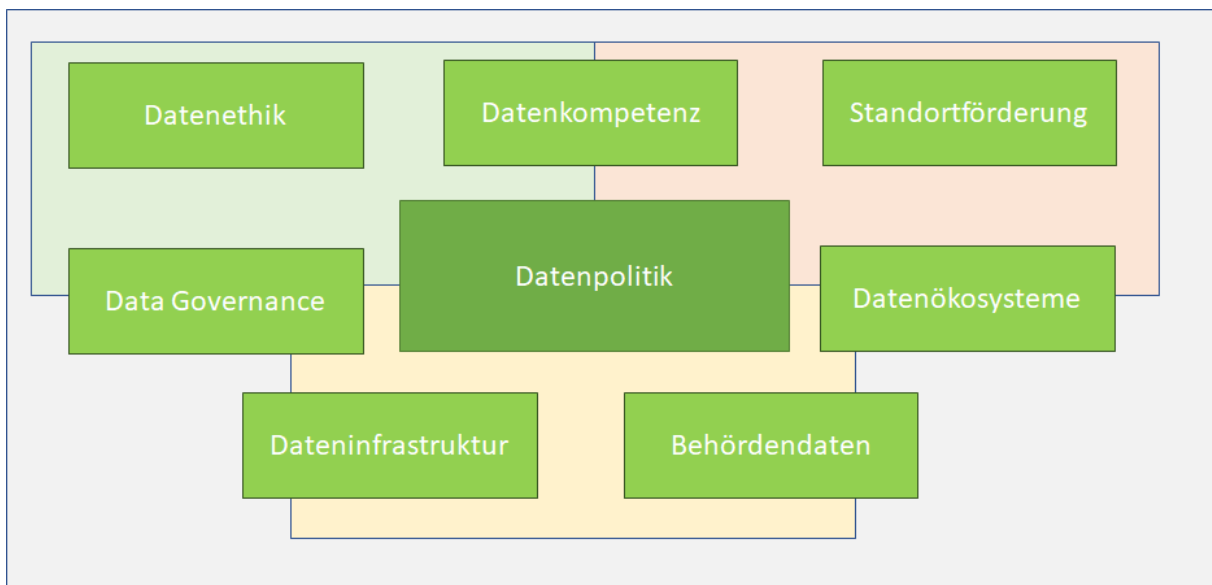
Wahl der Themen und Anspruch auf Vollständigkeit

Die in diesem Positionspapier behandelten Themen (Dateninfrastruktur, Data Governance, Datenökosysteme, Datenkompetenz, Datenethik, Daten als Element der Standortförderung und Behördendaten) entstammen der besagten Ideenküche und wurden ergänzt. Aufgrund des erwähnten schnellen Wandels und der Weitläufigkeit des Themas wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben; das Positionspapier bildet den Stand der aktuellen Diskussion ab. Die Verfassenden behalten sich vor, das vorliegende Positionspapier periodisch zu überarbeiten.



Themenübersicht

Daten gelten als wertvolle immaterielle Ressource des 21. Jahrhunderts. Mehr und mehr verschiebt sich die Wertschöpfung von der physischen in die digitale Welt. Um unsere Innovationskraft und unser wirtschaftliches Wachstum weiter zu fördern und somit unseren Wohlstand zu sichern, ist es deshalb von grundlegender Bedeutung, dass wir weltweit übergreifend zusammenarbeiten und von neuen Technologien profitieren können. Ein kompetenter, umfassender und gewinnbringender Umgang mit Daten wird massgeblich dazu beitragen, dass auch die Schweiz davon profitieren wird.



In den oben genannten sieben zentralen Themen wurden grundlegende Analysearbeiten geleistet. Da wir uns in den Forderungen auf diese Inhalte beziehen, beschreiben wir einleitend kurz die wichtigsten Grundlagen. Zu bemerken ist, dass sich die sieben Themenfelder gegenseitig überschneiden und nicht trennscharf voneinander betrachtet werden können. In dieser Betrachtung bewusst nicht vertieft wird das Thema Nachhaltigkeit z.B. bei der Prozessierung von Daten. Der hohe Stromverbrauch, welcher mit einigen Dienstleistungen bzw. Rechenzentren einher geht und wie ein vorausschauender Umgang mit dieser Problematik aussieht, wird in einem separaten GLP Positionspapier thematisiert. In diesem Dokument sollen die Grundlagen im Bereich der Datenpolitik etabliert werden, worauf in anderen spezialisierten Dokumenten vertieft werden kann.

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige, sichere und vertrauenswürdige **Dateninfrastruktur** bildet die notwendige Basis sämtlicher Aktivitäten.

Daten-Governance, das Rahmenwerk für die Datenbewirtschaftung und den bewussten Umgang mit Daten, beschreibt notwendige Prinzipien, Strukturen und Vorgaben für eine hohe Datenqualität und eine verbesserte Verfügbarkeit und Nutzung von Daten. Risiken werden minimiert, indem individuelle Rechte, Interessen von Datenbesitzer:innen und das öffentliche Interesse gleichermaßen adressiert werden.

Datenräume (auch "Datenökosysteme" genannt) ermöglichen es, dass unterschiedlichste Akteure (Unternehmen, Verwaltungen, Forschungsinstitutionen, etc.) ihre Daten teilen und breit nutzbar machen können.

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig Daten für politische Entscheidungen sind. Die aktuelle Krise hat aufgedeckt, dass im öffentlichen Sektor und in der Gesellschaft ein Nachholbedarf besteht, wenn es um den richtigen Umgang mit Daten geht. Individuelle und kollektive **Datenkompetenz** (oder auch «data literacy») sind eine Schlüsselkompetenz, damit Verwaltung und Exekutive ihre Kernaufgaben im Sinne des Gemeinwohls erfüllen können und die Bevölkerung sich informiert und mündig einbringen kann.

Datenethik kommt in verschiedenen Stadien des Datenlebenszyklus zum Tragen und bringt unterschiedliche Herausforderungen mit sich, je nach Adressatenkreis oder Sektor, in dem sie gewonnen werden (bspw. öffentlich vs. privat und Gesundheit vs. Unterhaltung).

Die geografische Position der Schweiz in der Mitte Europas war schon immer geprägt vom Durchfluss des Verkehrs, der Energie und nun auch der Daten. Die Schweiz ist traditionell ein sicherer Ort für sensible Informationen und Entscheidungen. Dieser Vorteil kann auch in Bezug auf Daten genutzt werden und als Element der **Standortförderung** weiter ausgebaut werden.

Abschliessend ist die Schweiz in Bezug auf offene **Behördendaten** bereits gut aufgestellt und wichtige Grundlagen wurden erarbeitet.¹ Seit 2019 ist die vom Bundesrat gutgeheissene Strategie für offene Verwaltungsdaten in Kraft. Die «Schwerpunkte für die digitale Schweiz» wurden per Ende 2020 aktualisiert. Zudem existieren verschiedenste Gruppierungen, die sich der Thematik «Open (Government) Data» annehmen. Die bestehende Herausforderung ist in dieser komplexen Thematik mit dem entsprechenden Durchhaltewillen und einem übergreifenden Ansatz zu agieren und die strategischen Grundlagen umzusetzen.

Neben zentralen Dokumenten im Zusammenhang mit der «Datenpolitik» auf Bundes- und internationaler Ebene² haben wir vergangene parlamentarische Aktivitäten der GLP und weiterer Parteien berücksichtigt.³ Da die Bundeshausfraktion bereits einige Vorstösse mit Bezug zu Daten/Datenräumen im Parlament eingereicht hat, gilt es hier anzuknüpfen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

¹ Der Fokus auf Behördendaten (im Vergleich zu Daten aus der Privatwirtschaft) ist dem Ursprung des Dokuments und der (z.T. indirekten) Finanzierung durch Steuern geschuldet.

² Die verwendeten und aus unserer Sicht zentralen Quellen finden sich in einer Übersicht im Anhang.

³ Auch die Vorstösse zum erweiterten Thema finden sich im Anhang.

Forderungen

Dateninfrastruktur

Eine Dateninfrastruktur ist eine digitale Infrastruktur, die den Austausch und die Nutzung von Daten und somit auch neue wirtschaftliche Aktivitäten und Geschäftsmodelle fördert.

Aktuell fehlt eine übergreifende Sicht oder strategische Vision bezüglich einer solchen nationalen Dateninfrastruktur. Folglich sind die Daten, in stark variierender Qualität sowie ohne einwandfreie rechtliche Grundlage in unterschiedlichen Daten-Silos fragmentiert, was das Teilen, Wiederverwenden und Kombinieren der Daten nicht nur innerhalb der Schweiz, sondern insbesondere auch international stark erschwert.

Statt vom riesigen Potenzial der Digitalisierung zu profitieren, riskiert die Schweiz eine digital abgeschottete Insel zu werden – mit entsprechenden wirtschaftlichen Konsequenzen. Um die aktuelle Situation zu verbessern und den einfachen Zugang zu sowie die gemeinsame Nutzung von Daten zu ermöglichen, sollten folgende Vorschläge berücksichtigt werden.

- Eine **gemeinsame Datenplattform** in der ganzen Schweiz, welche auf **bestehenden Lösungen aufbaut** und auf **offenen Standards basiert**.
- Sicherstellung der Kompatibilität mit der europäischen Datenplattform **Gaia-X**.
- Sicherstellung der **inhaltlichen Übereinstimmung** der auszutauschenden **Informationen** und somit der **Datenqualität**.
- Schaffung und Harmonisierung der **rechtlichen Grundlagen**.
- Anpassung des Schweizer **Datenschutzgesetzes** an den de facto-Stand der europäischen Datenschutzgrundverordnung



Data Governance

Die OECD hat abgestimmte Prinzipien und Richtlinien, eine Data Governance, publiziert, die Regierungen Empfehlungen macht, wie sie einen grösseren Nutzen aus der Verwendung von Daten ziehen und gleichzeitig wichtige Rechte im Umgang mit Daten schützen können. Eine Data Governance stellt ein Rahmenwerk dar, welches die Grundlage für den Umgang mit und die Bewirtschaftung von Daten für alle Anspruchsgruppen bildet. Dazu gehört das Sammeln, Generieren, Speichern, Verarbeiten, Weitergeben und Wiederverwenden der Daten. Die Data Governance der OECD hat zudem das Ziel, das Vertrauen in der Bevölkerung und bei Organisationen in den jeweiligen Staat und seinen Umgang mit Daten zu erhöhen und gleichzeitig den Mehrwert durch den Zugang zu Daten für datenbasierte Innovationen und den zielgerichteten Datenaustausch zu vergrössern.⁴ Die EU strebt mit dem Data Governance Act ebenfalls grundlegende Datennutzungsregeln für ihre Mitgliedsländer an. Eine gute Data Governance soll das Vertrauen durch eine Adressierung folgender Fragen stärken:

- Welchen Daten können Bürger:innen (noch) vertrauen?
- Welche Daten sollen Bürger:innen zur Verfügung stellen können?
- Werden Daten sicher verarbeitet und geteilt?
- Wie wird die Interpretationen der Daten und der Schlussfolgerungen plausibilisiert?
- Haben unsere Regierungen genügend und korrekte Daten, um die richtigen Entscheide zu fällen?

Die Notwendigkeit zum Handeln ergibt sich unter anderem aus der Zunahme verteilter Datenhaltungen und der schiereren Menge von Daten, der Verbreitung inkompatibler Datenstrategien, der grösseren Rolle datenbasierter Entscheide und der höheren Anforderungen an Datenqualität für die weitere Datenverarbeitung.

Es wird ein gemeinsames Fundament in Form eines übergreifenden, akzeptierten und verbindlichen Rahmenwerks benötigt, das kontinuierlich erweiterbar ist und auf zusätzliche Datenbestände angewendet werden kann. Das Rahmenwerk setzt die Leitplanken und gibt Orientierung für Unterthemen wie z.B. dem (Stamm-)Datenmanagement zentraler Datensätze, dem Einsatz von Datenkatalogen für eine einheitliche Datenstrukturierung, relevanten Regularien und Standards für den Datenaustausch sowie Anpassungen im Organisations- und Datenschutzrecht.

⁴ <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/9cada708-en/index.html?itemId=/content/component/9cada708-en>

Aus diesem Grund werden für eine gewinnbringende Entwicklung folgende Stossrichtungen als wertstiftend definiert:

- **Verbindliches Rahmenwerk** "Data Governance" mit entsprechender Rechtsgrundlage und Orientierung für die diversen Datenstrategien auf den Ebenen Bund, Kanton, Städte/Gemeinden.
- **Orientierung an europäischer** Daten-Governance-Verordnung.
- Daten des öffentlichen Sektors sollten **zur Wiederverwendung** bereitgestellt werden.
- Unternehmen sollten **gegen Entgelt Daten nutzen** können.
- **Datenlieferanten** (u.a. Bürger:innen) müssen **am Wert** der Daten **beteiligt** werden.
- **Datenspenden** (u.a. durch Bürger:innen) sollen **möglich** sein.
- **Nutzen / Kosten** für Datenbearbeitung und Datenmanagement werden **optimiert**.

Datenräume

Ein Datenraum ermöglicht die einfache und sichere Zusammenarbeit zwischen Daten bereitstellenden und Daten nutzenden Akteuren. Diese Räume stützen sich auf gesetzlich verankerte Datenrechte, gemeinsam vereinbarte Prozesse und Infrastrukturen. Datenräume können sich auf Nationalstaaten, Regionen genauso wie Industriesektoren beziehen und somit auch mehrere Politikfelder umfassen (Umwelt, Mobilität, Energie, Aussenbeziehungen etc.). Nicht zuletzt deshalb sind Datenräume für alle föderalen Ebenen sowie für Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft von grossem Interesse.

Die GLP setzt sich für eine Institutionalisierung von vertrauenswürdigen und interoperablen Datenräumen ein. Diese Datenräume gilt es sektorspezifisch aufzubauen resp. auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu institutionalisieren. Die Entwicklung von solchen Datenräumen soll, wenn immer möglich und sinnvoll, von privaten Akteuren auszugehen. Der Staat geht mit der Schaffung von Datenräumen für Politik und öffentliche Verwaltung mit gutem Beispiel voraus.⁵ Wo zwingend nötig, gilt es, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Um unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft zu sichern, müssen wir Teil des digitalen, globalen Informationssystems werden. Aufbauend auf Bestehendem soll die technische, inhaltliche wie auch rechtliche Interoperabilität nicht nur national, sondern insbesondere auch international sichergestellt werden.

Auf europäischer Ebene befürwortet die EU-Kommission bspw. die Etablierung von Datenräumen. Aktuell laufen hierzu Bestrebungen in verschiedenen Themengebieten wie bspw. Industriedatenraum (Fertigung), Datenraum für den europäischen Green-Deal oder Mobilitätsdatenraum.

Für die Schweiz sehen wir folgende Massnahmen als zielführend:

- Gemeinsames **Verständnis** für Konzept «**Datenraum**» schaffen, Relevanz verankern
- **Akzeptanz** für Datenräume **im Markt** schaffen
- Umfang und Format der Daten für die Datenräume **definieren**
- **Datenübertragbarkeit** für verschiedene Akteure / Branchen **sicherstellen**
- **Souveräne Datenräume Schweiz** aufbauen und Abhängigkeiten von Monopolstrukturen verringern
- **Kompatibilität** mit internationalen **Datenräumen** sicherstellen
- **Koordination** der Aktivitäten über **verschiedene Politikfelder** sicherstellen
- **Koordination** und Unterstützung der Aktivitäten über **föderale Ebenen** sicherstellen
- **Internationale** Akzeptanz für Forderung nach **digitaler Selbstbestimmung** schaffen

⁵ Um solche Datenräume in der Schweiz institutionalisieren zu können, braucht es wiederum eine nationale, souveräne Dateninfrastruktur, die kompatibel ist mit internationalen Standards, damit eine Partizipation z.B. an den europäischen Datenräumen möglich wird (s. hierzu «Dateninfrastruktur»).

Datenkompetenz

Politiker:innen und Entscheidungsträger:innen sind hinsichtlich der Relevanz einer Datenkompetenz (auch: data literacy) in unserer Gesellschaft sensibler geworden. Dennoch, die Datenkompetenz von Politiker:innen und Entscheidungsträger:innen als auch in der Bevölkerung muss weiter gefördert werden: Es fehlen notwendige Programme, die den wichtigen Kulturwandel mit Massnahmen begleiten. Benötigt wird ein breites Verständnis zu Daten, welches ihre zentrale Rolle anerkennt, weitsichtig verschiedene Entwicklungen berücksichtigt und bestehende Ressourcen und Knowhow effizient und effektiv integriert und ausbaut.

Es ist eine Offensive erforderlich, welche die Datenkompetenzen individuell und kollektiv fördert. Als Partei, die die Relevanz einer datenbasierten gesellschaftlichen Entwicklung anerkennt, setzen wir uns hier explizit ein: für eine Befähigung und Inklusion aller. Im Fokus steht der Kompetenzaufbau innerhalb öffentlicher Einrichtungen. Als Erstes brauchen wir einen starken Ausbau der Kompetenzen in den politischen und administrativen Organisationen aller föderalen Ebenen im Umgang mit Daten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit Daten, das Teilen von Daten und die gemeinsame Datenverwaltung. Zudem braucht es aber auch das Wissen über Abhängigkeiten und Konsequenzen, die eine datenbasierte gesellschaftliche Entwicklung mit sich bringt .

Zudem sollen die Bemühungen auf eine breite gesellschaftliche Datenkompetenzkultur zielen. Diese sieht die Vermittlung von Datenkompetenzen in Aus- und Weiterbildung bereits ab der Primarschule vor. Darüber hinaus müssen für die weitergehende Kompetenzausbildung zum Thema Daten die Medien eingebunden werden, um die Breite der Bevölkerung zu erreichen. Schliesslich soll in geeigneten Kompetenzzentren auf den föderalen Ebenen eine Überprüfung der Massnahmen und ihrer Wirkung sowie eine nachhaltige Weiterentwicklung sichergestellt werden.

Die Notwendigkeit zum Handeln ist bereits jetzt hoch und verschärft sich wenn weiter Datenveröffentlichungen im grossen Stil ohne notwendige Datenkompetenz stattfinden, es zu Datenschutzverletzungen kommt oder sogar der Missbrauch mit Daten weiter zunimmt. Für die Einleitung und Etablierung einer Datenkultur in der Schweiz schlagen wir die Berücksichtigung folgender Stossrichtungen vor:

- «**Strategie** Data Literacy Schweiz» mit konkreten Massnahmen und Roadmap
- Lancierung einer **Sensibilisierungskampagne** der Öffentlichkeit in Zusammenarbeit mit den Medien, damit die Bevölkerung besser zum Thema **Datenkompetenz** informiert wird
- "Data Literacy **Manifesto** Schweiz" mit Akteur:innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Akademie und Zivilgesellschaft
- **Ausbildungsoffensive** ab **Primarschule** bis zum lebenslangen Lernen mit **Bildungsinstitutionen**
- Lancierung von **Kompetenzzentren** resp. -netzwerken in der öffentlichen Verwaltung, um Best Practices zu teilen und Qualitätssicherung anzubieten.

Datenethik

Die Datenethik wird immer wichtiger, insbesondere da beispielsweise datenbasierte Problemlösungsansätze von Algorithmen persönliche Werthaltungen Einzelner repräsentieren und anderen unbewusst auferlegen können. Darum muss der Prozess der Entwicklung und Anpassung ethischer Grundsätzen im Umgang mit Daten kontinuierlich weiterentwickelt und durchgesetzt werden. Eine möglichst grosse Diversität der Akteur:innen ist dabei zentral. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Vielfalt der ganzen Gesellschaft repräsentiert werden kann. Der Einfluss von bewussten oder unbewussten Vorurteilen und Verzerrungen (sog. *biases*) muss soweit wie möglich unterbunden werden. Gesetze und Regulierungen bzgl. Umgang mit Daten sollen nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf kantonaler und Gemeindeebene, auf die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Nur so kann sich ihre Wirkungskraft entfalten.

Die Schweiz hat sich im Bereich der Datenethik bereits einen Namen gemacht und sollte ihre Stellung als Expertin und Vermittlerin in diesen Fragen international weiter ausbauen. Folgende Standortvorteile prädestinieren die Schweiz dazu international eine Sonderrolle einzunehmen: Die hohe politische Stabilität, die etablierte direktdemokratischen Teilhabe und der ausgeprägte Forschungsstandort (insbesondere auch im Bereich KI). Ihre Position im Herzen von Europa ist dabei besonders wichtig, da Bemühungen im Bereich des Datenschutzes / der Datenethik zwingend international ausgerichtet und angewendet werden müssen. Ihre Wirkung ist isoliert innerhalb von nationalen Grenzen eher limitiert.

Die GLP unterstützt das aktuell modernisierte Datenschutzgesetz und setzt sich für einen fairen, nachhaltigen und lernenden Umgang mit Daten ein. Die Selbstbestimmung aller soll gestärkt und die Strukturen zur Durchsetzung der individuellen Präferenzen geschaffen werden (z.B. durch Transparenz und Interpretierbarkeit). Die aktive Förderung der Entwicklung technischer Instrumente in diesem Feld ist zentral. Die Schweiz kann und soll ihre Bürger:innen auch mit der Einführung von klaren Standards, Zertifizierungen und Labels unterstützen. Diese tragen zur Einhaltung von ethischen und moralischen Grundsätzen und dem Schutz der Grundrechte für jedes/jeder Einzelnen bei.

Aus diesen Gründen sehen wir folgende Schritte als zielführend:

- **Maschinenlesbare Formate** sollen standardisiert angewendet und der **Einsatz von KI ausgewiesen werden**
- **Strengere Anforderungen an Schnittstellen** für Echtzeit-Datenzugriff für Einzelperson bei Produkten und Diensten wie Wearables oder Smart Tools (z.B. Smart Fridge)
- Die aktive **Förderung** der Entwicklung von **technischen Instrumenten** zur verstärkten **Selbstbestimmung im Umgang mit Daten** (z.B. durch InnoSuisse o.ä.)
- Die Schaffung von **neutralen, regierungsunabhängigen, sektorspezifischen Datenintermediären** (bspw. Ombudsmann) und Datengenossenschaften sind von grosser Bedeutsamkeit

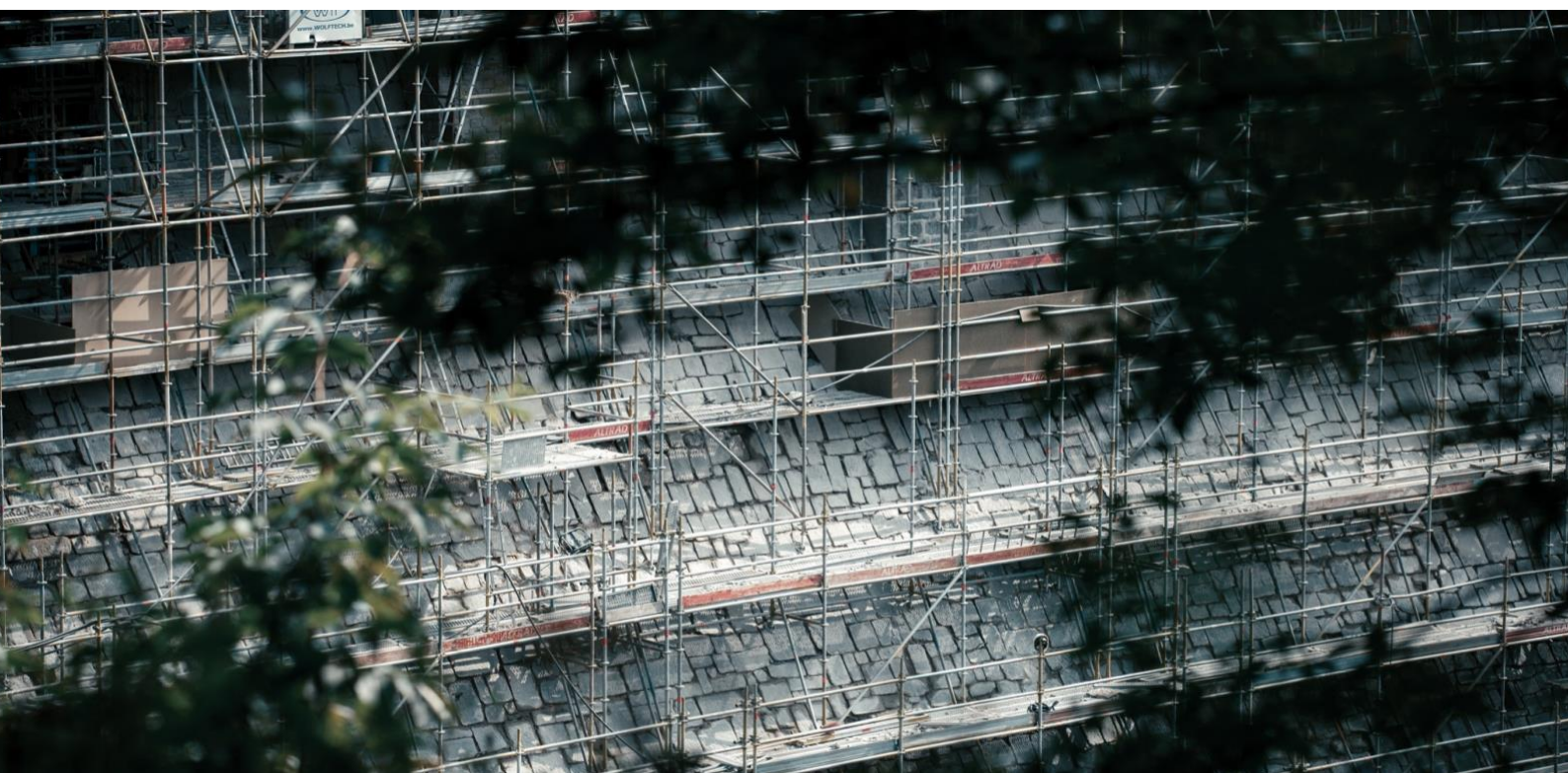
Standortförderung

Die Schweiz als als Hightech-Standort und stabiler aber neutraler politischer Akteur ist dafür prädestiniert, eine Führungsposition im weltweiten Wettbewerb der sicheren Daten-Standorte einzunehmen. Gerade der Industriesektor, die Gesundheitsbranche, Informatik, Agrochemie und die Finanzbranche sind sehr wettbewerbsfähige Bereiche der Schweizer Volkswirtschaft. Für die weitere Wertsteigerung dieser Wirtschaftstreiber kann das Label «Swiss Data Quality» im Sinne eines exklusiven Qualitätssiegels entwickelt werden. Die Aussicht auf diese Zertifizierung würde die Standortattraktivität der Schweiz weiter steigern.

Will die Schweiz eine Führungsposition einnehmen, muss ihre Datenpolitik aber auch international anschlussfähig sein. Dies betrifft insbesondere die Öffnung gegenüber unseren europäischen Partnern. Indem die EU mit ihrem Vorschlag einer EU-weiten Daten-Governance einen eigenen EU-Datenraum aufbauen möchte, wird die Schweiz faktisch zu einer unzugänglichen Insel im europäischen Datenmeer. Daraus ergibt sich das Erfordernis, Kompatibilität mit den europäischen Standards und Schnittstellen zu schaffen.

Folgende Forderungen sehen wir als zielführend:

- Die Schweizer Datenpolitik (Standards, Infrastruktur, Governance etc.) soll Unternehmen eine **innovative und wertschöpfende Datenbewirtschaftung** ermöglichen.
- Standortmarketing-Massnahmen sollen dazu beitragen, dass die Schweiz weltweit als **führender Daten-Standort** wahrgenommen wird.
- **Bundesnahe Betriebe** und andere **föderale Ebenen** sollten mit ihrer internen Datenpolitik und dem Service Public ein weltweit führendes **gutes Beispiel** in Bezug auf **Servicequalität, Kundennähe** und **Datenschutz** werden.
- Die Entwicklung eines Qualitätslabels **“Swiss Data Quality”** soll gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft **vorangetrieben** werden.



Behördendaten

Offene Behördendaten (Open Government Data) sind Daten, die von allen ohne Einschränkungen genutzt werden dürfen und sich auf den öffentlichen Sektor beziehen. Für offene Behördendaten werden einerseits eine offene Lizenz, kostengünstiger oder freier Zugang und ein maschinenlesbares Format vorausgesetzt. Andererseits gelten Prinzipien für «gute» offene Behördendaten. In Verbindung mit der Datenkompetenz, wird ein Fokus auf positive ökonomische und ökologische Resultate gelegt. Nur wenn das weiter auszubauende Angebot genutzt wird, kann es auch seine Wirkung entfalten.

Wir sehen für die GLP einen verstärkten Transfer in die Praxis vor, um nachhaltige und zukunftsorientierte Lösungen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wird ein enger Austausch mit Vertreter:innen der Wirtschaft und der Wissenschaft gesucht und gepflegt und relevante Akteure sind mit Ressourcen für eine erfolgreiche und wertstiftende Umsetzung auszustatten.

Zudem schlagen wir eine weitere Erhöhung der Datenverfügbarkeit und Datenqualität über alle Staatsebenen bei Bund, Kantonen und Gemeinden ein. Als Element der Standortförderung wird dem Rohstoff Daten die entsprechende Wichtigkeit eingeräumt. Offene Behördendaten werden als Service Public klassifiziert.

Wo immer möglich ist «open by default» weiter durchzusetzen, was im Kontext der Forderungen zu den «Datenkompetenzen» zu sehen ist. Der Austausch zwischen Nachbar- und Drittstaaten wird ausgebaut. Besonders Rechnung getragen soll auch Daten von bisher nicht beachteten Personen und Institutionen. Eine Verkürzung der Publikationsrhythmen wird empfohlen.

Konkret sehen wir folgende Massnahmen als zielführend:

- **Angebot** an verfügbaren Daten weiter **erhöhen**, «open by default» etablieren
- Erhöhung der **Datenqualität** und **Maschinenlesbarkeit**
- Transfer in die **Praxis** erhöhen, u.a. in **Zusammenarbeit** mit den Hochschulen
- Augenmerk auf die **Wirkungsorientierung** lenken (**Impact**)
- (Daten-)Strategien in **kürzeren Rhythmen** prüfen und aktualisieren

Fazit

Die fortschreitende Digitalisierung wichtiger Aspekte des Lebens beschleunigt sich. Als progressive und technologieaffine Partei kann sich die GLP bei weisenden Themen als strukturgebende Kraft positionieren.

Mit einer faktenbasierten Analyse und einer daraus abgeleiteten offenen Haltung sowie Forderungen für eine griffige Datenpolitik gelangen wir «schlauer in die Zukunft».

Durch eine **leistungsfähige digitale Infrastruktur**, eine **digital kompetente Bevölkerung** und eine **wertorientierte Zusammenarbeit in Datenräumen** kann die Zukunft für alle gewinnbringend gestaltet werden.

Lasst uns gemeinsam das Potenzial dieses digitalen Wandels für eine offene, zukunftsgegenwärtige und konkurrenzfähige Schweiz nutzen!

Anhang

Quellen

In der Diskussion der Themen, der Bearbeitung und der Recherche sind wir immer wieder auf ähnliche, relevante Dokumente im Zusammenhang mit der «Datenpolitik» gestossen. Im Sinne der Transparenz und als Ausgangspunkt für geneigte Leser:innen weisen wir diese Dokumente aus und verlinken sie.

- [E-Government Strategie Schweiz 2020–2023](#)
- [Die europäische Datenstrategie](#)
- [KdK Leitlinien zur Digitalen Verwaltung](#)
- [Strategie Digitale Schweiz](#)
- [OGD Strategie 2019 – 2023](#)
- [NaDB Nationale Datenbewirtschaftung Schweiz](#)
- [Civic-Tech Bericht des Bundesrates 2020](#)
- [Grundlagenbericht «Digitale Verwaltung Schweiz»](#)
- [Diskussionspapier «Digitale Selbstbestimmung»](#)
- [Entwurf «Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben \(EMBaG\)»](#)
- [The Digital Competence Framework 2.0](#)

Besonders hervorzuheben ist hier das Framework des Bundesamts für Statistik für die nationale Datenbewirtschaftung (NaDB). Das in diesem Framework als Interoperabilitäts-Plattform benannte Konstrukt, entspricht so der Definition eines sektoriellen Datenraums.

Auch die OGD-Plattform des Bundes ist ein sektorieller Datenraum für offene Verwaltungsdaten. Ausserdem wurde gemäss dem Civic-Tech Bericht des Bundesrates die Bundeskanzlei mit der Entwicklung eines übergeordneten und technologieneutralen Datenmodells für politische Geschäfte und der dazugehörigen Materialien beauftragt.

Bilder

Abbildung 1: Alina Grubnyak via Unsplash

Abbildung 2: Jérôme Favre

Abbildung 3: Eigene Darstellung der Autorschaft

Abbildung 4: Clint Adair via Unsplash

Abbildung 5: Dylan Leigh via Unsplash

Vergangene Aktivitäten und politische Instrumente

Zudem erscheint es uns wichtig, vergangene Aktivitäten der GLP und weiterer Parteien zu würdigen und aufzuführen. Die GLP Schweiz positioniert sich als progressive Partei – auch in der Datenpolitik.

Die Bundeshausfraktion hat in der Vergangenheit bereits einige Vorstösse mit Bezug zu Daten/Datenräumen im Parlament eingereicht.

Grünliberale:

- Judith Bellaiche: [Sekundärnutzung der Personen- und Sachdaten der öffentlichen Verwaltung und verwaltungsnaher Institutionen.](#)
- Tiana Angelina Moser: [Besseres Datenmanagement als Grundlage für den Umgang mit der Corona-Situation.](#)
- Beat Flach: [Bürgerinnen und Bürger müssen die digitale Hoheit über ihre Gesundheitsdaten erhalten.](#)
- Beat Flach: [Ungehinderte Benutzung der elektronischen Identität in Europa.](#)
- Beat Flach: [Können die Gebäude- und Werkdaten öffentlicher Bauherren vom Bundesamt für Statistik gesammelt und in geeigneter Form veröffentlicht werden?](#)
- Judith Bellaiche: [Nutzung anonymisierter persönlicher Daten im öffentlichen Interesse. Prüfung der Machbarkeit einer freiwilligen Datenspende.](#)
- Beat Flach: [Datenschutz bei den Datenbanken des Bundes und der Kantone - Es braucht eine Gesamtschau.](#)

Weitere Akteure:

- Finanzkommission NR: [Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung.](#)
- Fathi Derder (FDP): [Eine Strategie für die digitale Souveränität der Schweiz.](#)
- Doris Fiala (FDP): [Tallinn-Deklaration zu E-Government. Wo steht die Schweiz heute, und was ist zu tun?](#)
- Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR: [Mehrwert für Forschung und Gesellschaft durch datenbasierte Ökosysteme im Gesundheitswesen.](#)
- Christoph Eymann (FDP): [Schaffung einer modernen Dateninfrastruktur mit strukturierten Patientendaten zur Förderung der Humanforschung.](#)
- Beat Rieder (EVP): [Nationale Datenkompetenzkampagne. Datenkompetenz \(Data Literacy\) ist gefragt.](#)
- Aline Trede (Grüne): [Datenmanagement in der Covid-19-Pandemie verbessern](#)
- Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit: [Implementierung einer nachhaltigen Data-Literacy-Strategie in der digitalen Transformation des Gesundheitswesens](#)
- Greta Gysin (Grüne): [Ein Gesetz zur Regulierung von Kommunikationsplattformen](#)
- Charles Juillard (Die Mitte): [Cybersicherheit. Schaffung einer eigenständigen digitalen Infrastruktur und Erarbeitung von Standards im Sicherheitsmanagement](#)
- Samira Marti (SP): [Daten. Vereinheitlichung und verbesserter Zugang](#)